



DELEGIERTENVERSAMMLUNG GS HANNOVER

Gewerkschaftsarbeit in Zeiten von
Krieg und Transformation

Ralf Kutzner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied

18.06.2022, Hannover

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich mal wieder hier bei euch in Hannover zu sein. Und ganz besonders freue ich mich darüber endlich wieder in Präsenz mit euch tagen zu können. Das ist doch eine echte Bereicherung!

Gewerkschaftsarbeit ist digital nur schwer möglich. Weder im Betrieb, oder an der Werkbank und auch nicht in der IG Metall.

Wir brauchen die persönliche Ansprache aber vielmehr die Aussprache, den Kontakt von Mensch zu Mensch, weil nur im sozialen Miteinander und im direkten Austausch Wege entstehen und Ziele erreicht werden.

Es geht um wirkliches Verstehen und nicht um kalten Austausch und registrieren von Informationen.

Wir müssen wieder begreifen, welche Kräfte das Soziale, das menschliche Miteinander auslösen. Hier hat uns die pandemische Isolation ein Stück weit voneinander entfremdet.

Aber die Freude bei euch zu sein kann sich nicht wirklich ausbreiten. Sie wirkt nur kurz.

Kolleginnen und Kollegen,

der russische Präsident Putin hat am 24.2.2022 einen völkerrechtswidrigen Krieg begonnen.

Die Bilder von Zerstörung und den Verbrechen, von Vertreibung und Flucht sind kaum zu ertragen.

Millionen Menschen erleben aufgrund dieses Krieges unerträgliches Leid. Sie sind auf der Flucht, verletzt oder müssen den Tod ihrer Lieben beklagen.

Nichts, aber auch gar nichts rechtfertigt diesen völkerrechtswidrigen Krieg, der gezielt auch gegen die Zivilbevölkerung geführt wird.

Auch befreundete Gewerkschafter sind massiv betroffen von den staatlichen Repressionen, welche in Russland und Belarus gegen diejenigen richten, die sich öffentlich für ein Ende des Krieges einsetzen.

Erst Ende April wurden in Belarus führende Vertreterinnen und Vertreter der unabhängigen Gewerkschaften festgenommen.

Ihnen drohen nun langjährige Gefängnisstrafen, den unabhängigen Gewerkschaften sogar die Zerschlagung.

Diese Gewalt gegen die Zivilgesellschaft und freie Gewerkschaften sind Teil einer Kriegsführung für die Frieden, Freiheit und Demokratie Angriffspunkte darstellen.

So hat der KGB am 19. April 14 führende Gewerkschafter der unabhängigen Gewerkschaften in Belarus verhaftet, darunter den Vorsitzenden des Dachverbandes der Demokratischen Gewerkschaften (BKDP), Aliksandr Yarushuk, der auch Vize-Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) und Mitglied des Verwaltungsrats der ILO ist. Wir fordern die Regierung von Belarus auf:

Achten Sie die Verträge über die Zulassung freier Gewerkschaften, die Sie selbst unterschrieben haben. Lassen Sie unsere Kollegen unverzüglich frei!

Freie Gewerkschaften zu verbieten und Menschen die sich dafür einsetzen einsperren, sind nicht Ausdruck von Freiheit sondern sind Ausdruck von Faschismus!

Zugleich stehen wir aber auch an der Seite aller Russinnen und Russen, die für ein demokratisches und friedliches Russland eintreten!

Denn:

Nicht die russische Bevölkerung und nicht die russische Kultur, sondern die kriegstreiberische Politik Putins, lehnen wir ab.

Er redet von Patriotismus, aber plündert das eigene Land und lässt wohlgesonnene Oligarchen Milliarden auf ihren ausländischen Konten ansammeln.

Er redet vom Brudervolk der Ukraine, aber lässt die ukrainische Bevölkerung vergewaltigen, Verschleppen, foltern und töten!

Die territoriale Integrität der Ukraine muss wiederhergestellt und gesichert werden und die Kampfhandlungen müssen durch einen sofortigen Waffenstillstand und vollständigen Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine beendet werden.

Kolleginnen und Kollegen,

die europäische aber auch die geopolitische Friedensordnung und die nationale Integrität der Staaten werden von Putin nicht nur infrage gestellt, sondern sollen mit Gewalt beseitigt werden und nach seinen Vorstellungen gestaltet werden.

Mit dem Krieg gegen die Ukraine bricht Putin das Völkerrecht, das ist klar. Aber nicht nur das. Seine Armee hat einen menschenverachtenden Zerstörungsauftrag. Die Bilder, die uns erreichen, zeigen unvorstellbare Kriegsverbrechen. Hinrichtungen willkürliche Folterung, Vergewaltigungen und Tötungen von Menschen, die nichts Anderes getan haben, als in ihrem Land in ihrer Stadt zu leben. Begangene Kriegsverbrechen müssen untersucht und aufgeklärt werden.

Auch wenn man nicht hinschauen mag, aber in den sozialen Medien sind neben den abscheulichen Verbrechen eben auch die Täter sichtbar. Fotos und Filme dokumentieren in nie dagewesener Deutlichkeit die ganzen Grausamkeiten und helfen die Täter zu identifizieren. Und so wird es nicht lange dauern, bis man die Schuldigen identifizieren kann. Alle Opfer haben ein Gesicht, alle Täter aber auch.

Die Kriegsverbrecher müssen vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zur Verantwortung gezogen werden. Niemand darf davonkommen.

Kolleginnen und Kollegen,

die Berichte über den Krieg lassen uns nicht mehr los, stellen vermeintliche Gewissheiten infrage und lösen auch unter uns leidenschaftliche und auch kontroverse Debatten aus.

Die IG Metall ist und war immer wichtiger und fester Bestandteil der Friedensbewegung. Und das wird auch immer so bleiben!

Und deshalb diskutieren wir leidenschaftlich über den Sinn von Waffenlieferungen, über unsere Haltung dazu, auch über unsere militärische Verteidigungsfähigkeit und über den besten Weg diesen Krieg zu beenden.

Und in diesem Zusammenhang sage ich auch eines: Eine Demokratie muss wehrhaft sein, sonst wird sie Opfer von Kriegstreibern und Despoten für die unsere Freiheit eine Bedrohung ihres Regimes der Unterdrückung darstellt.

Denn was wir alle wollen ist doch eines: Frieden!

Und unser Schrei nach Frieden muss lauter sein als der ohrenbetäubende Lärm des Bombenhagels. Lauter als das Getöse der Geschütze und wir müssen wahrnehmen das Wehleidn der Verwundeten und Sterbenden.

Aber glauben wir, dass wir Putin damit beeindrucken können. Dass er ablässt von seinem Krieg, weil wir hier in Deutschland auf die Straße gehen? Ich glaube es nicht und ich denke ihr tut das auch nicht.

Aber das ist auch nicht der Grund für unsere Friedensaktivitäten. Denn es ist wichtig, wenn es gelingt, dass es viele Menschen in vielen Ländern tun. Dass wir so Milliarden Menschen sind die vor allem eines bewirken: Den Menschen in Russland aber auch in Belarus, vor allem aber in der Ukraine zeigen, Ihr, die ihr euch gegen den Krieg unter schwierigsten Bedingungen engagiert, seid nicht alleine. Wir sind bei euch! Die Wirkung dieses Zuspruchs dürfen wir nicht unterschätzen!

Wir stärken ihnen den Rücken und helfen, so dass auch dort die Friedensbewegung zum Durchbruch kommen kann. Das ist die Kraft und die Wirkung der Solidarität über Landesgrenzen hinweg.

Und es ist wichtig, weil wir in unserer freien Welt unseren Politikern klarmachen müssen, was wir von ihnen erwarten: **Frieden schaffen! Und erhalten! Denn auch die Politik muss zusammenstehen und vor allem auch zusammenbleiben.**

Darum geht es zurzeit. Und es ist richtig und unentbehrlich, dass wir dafür auch streiten! Denn wir dürfen das, ja, ich finde wir müssen das! Denn so erfüllen wir nicht nur das Recht (das wäre zu wenig), nein wir ergreifen unsere zivilgesellschaftliche Pflicht die nur eine freie Gesellschaft hat. Mit gelebter freier Meinungsbildung, mit kontroversen Diskurs der unserer Demokratie Sinn und Inhalt gibt. Das ist persönliche Bürgerpflicht aller Demokraten in einer Demokratie.

Deshalb ist dieses Ringen um das Ziel und den richtigen Weg ein Beitrag die Demokratie zu stärken und zu mehren.

Das ist das Gebot der Stunde!

Kolleginnen und Kollegen,

wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter unterstützen die Menschen in und aus der Ukraine.

Wir Metallerinnen und Metaller haben für humanitäre Projekte gespendet, haben gewerkschaftliche Einrichtungen für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt, und viele Betriebsräte haben Konvois mit Versorgungsgütern in die Ukraine in Gang gesetzt.

Das ist Solidarität konkret – und die brauchen wir dringlicher denn je!

Mein herzlicher Dank gilt auch allen, die sich so eindrucksvoll für die Opfer und Geflüchteten einsetzen!

Ja, wir brauchen viel in den letzten Monaten. Solidarität, Mut, Beharrlichkeit und ganz viele die mitmachen.

Was wir aber nicht brauchen ist ein Rückfall in eine Aufrüstungsspirale, wie zu Zeiten des kalten Krieges.

Mit großer Sorge nehmen wir wahr, dass die Forderungen nach immer mehr Waffen die Schlagzeilen dominieren. Da ist es wichtig, dass die Regierenden besonnen handeln. Dass sie abwägen und verantwortungsvoll nicht den Schlagzeilen hinterherhecheln. Hilfe muss dazu beitragen den Krieg zu beenden, nicht ihn auszuweiten.

Das ist auch deshalb eine Gradwanderung, weil eines klar ist:
Putin darf diesen Krieg nicht gewinnen.

Auch in Deutschland ist der Aufrüstungsreflex keine zielführende
Antwort.

In 2021 betrug der deutsche Verteidigungsetat 52 Milliarden Euro.

**In den letzten fünf Jahren erhöhte er sich um mehr als 20
Prozent.**

Ohne Vorlauf und Debatte hat Bundeskanzler Olaf Scholz in einer
Sondersitzung des Deutschen Bundestages am 27.02.2022 seine
Rede über die Zeitenwende gehalten. In dieser Rede sagte er:

**„Wir erleben eine Zeitenwende. Das bedeutet: Die Welt danach
ist nicht mehr dieselbe, wie die Welt davor.“**

Diese Feststellung bildete die Grundlage für eine Kehrtwende
bezüglich der Ausgaben für die Ausstattung der Bundeswehr. Es
sollte ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro im
Grundgesetz festgeschrieben und eine Festlegung des Wehretats
von mind. 2% des Bruttoinlandsproduktes verabschiedet werden.

Wir lehnen die Festschreibung des Wehretats gekoppelt an das BIP ab. Nicht das BIP darf ausschlaggebend für die Höhe des Wehretats sein, sondern ausschließlich die sachliche Notwendigkeit, die jeweils nach einer politischen Debatte vom Bundestag beschlossen werden muss. Er, der Deutsche Bundestag ist der oberste Souverän und nicht, das hauptsächlich durch die Unternehmer beeinflussbare BIP!

Im Grundgesetz eine Investition in die Bundeswehr als Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro festzuschreiben, sehen wir kritisch. Hier hätten zunächst die Bedarfe ermittelt werden sollen, bevor man mit einer Zahl auftritt, die dann mit Waffen und Ausrüstung vollgemacht wird.

Was aber positiv ist, ist die Erkenntnis, dass Innovationsdefizite beseitigt werden können, sofern der politische Wille dazu da ist.

Diesen festen Willen brauchen wir genauso entschlossen u.a. für die Bereiche Bildung, Rente und die Unterstützung für gute tarifgebundene Arbeit!

Wir halten an unserem Grundsatz fest: **Waffenexporte in Konfliktregionen lehnen wir ab!** Die Unterstützung der Ukraine durch die Bereitstellung militärischen Materials zielt jedoch darauf ab, einen europäischen Staat bei der Selbstverteidigung gegen einen völkerrechtswidrigen Angriff zu unterstützen.

Es geht dabei eindeutig um eine Stärkung der Verteidigungsfähigkeit. Und im Kern geht es auch um die Verteidigung unserer Freiheit.

In diesem Zusammenhang sind Waffenlieferungen an die Ukraine nicht nur zu vertreten, sie sind in enger Abstimmung mit unseren Verbündeten auch geboten.

Unsere freiheitliche demokratische Grundordnung muss in Friedenszeiten mit anderen Mitteln verteidigt werden als in Kriegszeiten.

Deshalb ist es wichtig, dass Deutschland und kein anders NATO-Mitgliedsland Kriegspartei wird. Es käme dem Eintritt in einen 3. Weltkrieg gleich und das ist keine auch nur ansatzweise denkbare Option.

Und ich bin froh, dass wir mit Olaf Scholz einen Kanzler haben der sehr sorgsam (einige sagen unentschlossen und zögerlich) abwägt was die beste Lösung, in dieser schwersten Krise Europas seit Ende des 2. Weltkriegs, ist.

Nein, Kolleginnen und Kollegen!

Auch im 21. Jahrhundert, auch angesichts der russischen Aggression gilt:

Eine Europäische Sicherheitsordnung braucht mehr als neue Rüstungsmilliarden.

Sie braucht Rüstungs-Kontrolle und Abrüstungs-Verträge, die überwacht werden und bei Verstößen sanktioniert werden.

Und sie braucht Diplomatie in einer Demokratie!

Ohne Regierungen, die Menschenrechte und friedliche Konfliktaustragung achten, wird Frieden nicht zu sichern sein.

Und diese Bedingungen lassen sich nicht herbeibomben – auch nicht mit einem Sonderprogramm von 100 Milliarden im Grundgesetz.

Unser Begriff von Solidarität darf nicht auf immer schwerere Waffenlieferungen zusammenschrumpfen.

Anstrengungen für Friedensförderung und Konfliktprävention müssen im Zentrum aktueller und zukünftiger europäischer Politik stehen.

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter setzen uns für eine europäische Struktur, für Frieden und Sicherheit ein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es sind schwere Zeiten in denen wir leben und in denen wir Gewerkschaftspolitik gestalten müssen.

Die Welt verändert sich gerade in atemberaubender Geschwindigkeit. Kein Arbeits- und Lebensbereich bleibt davon verschont.

Krieg, Pandemie, Klimawandel etc., all das nimmt gerade auf beängstigende Weise Fahrt auf und hat auch direkten Einfluss auf die Preiserhöhungen, die zurzeit insbesondere die Haushalte der Beschäftigten, Rentnerinnen und Rentner, Studierende und Arbeitssuchende schwer belasten.

Die höchste Inflation seit 50 Jahren! Getrieben von den Öl- und Gas Multis, die ohne Skrupel Kasse machen.

Auch auf Druck der IG Metall hat die Bundesregierung Maßnahmen zur Entlastung der Bevölkerung auf den Weg gebracht. Aber die Maßnahmen reichen nicht aus.

Wir brauchen eine sozial gerechte Entlastung der Haushalte, in diesem und im nächsten Jahr, die auch ausdrücklich alle miteinbezieht.

Deshalb fordern wir von der Politik:

- **Krisengewinne abschöpfen - Preistreiber zur Kasse bitten!**
- **Gaspreise deckeln - Strompreise senken!**
- **Haushalte jetzt und auch 2023 sozial gerecht entlasten!**

Deshalb ist auch die Übergewinnsteuer überfällig!

Unsere Forderung auf den Punkt gebracht:

„Krisengewinne abschöpfen – Kosten deckeln!“

Beteiligt euch bitte alle an unsere Kampagne zu diesem Thema:

Wir haben jetzt schon zigtausende Unterschriften gesammelt, haben aber auch noch Luft nach oben.

Und die Umverteilung von unten nach oben soll weitergehen.

Hört ihr auch in letzter Zeit manchmal Stimmen?

Liebe Gewerkschaften haltet euch zurück. Lasst die Löhne nicht so stark steigen das befeuert die Inflation!

Keine Angst liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr habt keinen Mann im Ohr. Diese Stimmen sind echt. Die Arbeitgeberverbände haben ihre Propagandamaschine wieder angeschmissen. Viele Medien verstärken diesen Ton.

Sie warnen unisono vor einer Lohn-Preis-Spirale.

Lohnerhöhungen wären Gift, treiben die Inflation, die Betriebe in die Insolvenz und die Wirtschaft in den Abgrund.

Was für eine Verdrehung der Tatsachen.

Was wir im Moment erleben ist eine Gewinn-Preis Spirale. Die Konzerne bereichern sich, ohne Skrupel an ihren Kunden und Beschäftigten.

Das ist ein Rückfall in eine rücksichtslose kapitalistische Wirtschaft ohne Ordnung, wo sich der Stärkere nimmt, was er kann.

Deshalb werden wir Widerstand leisten müssen. Denn auch das ist in Zeiten wie diesen Bürgerpflicht und persönlicher Solidaritätsauftrag!

Dass die Stahlarbeiter sich jetzt eine Entgelterhöhung von 6,5% erkämpft haben ist super! Herzlichen Glückwunsch zu diesem Ergebnis!

Weitere Tarifrunden folgen und es ist gut, dass wir selbstbewusst und stark auftreten. Solidarität gewinnt!

Die Pandemie hat uns mehr als 2 Jahre in allen Lebensbereichen beschäftigt. Sie hat uns alle ob privat oder im Job viel Kraft gekostet.

Und der Blick nach Asien zeigt das die Pandemie uns weiter beschäftigen wird. Der Stau von Containerschiffen, geschlossene Werke, gestörte Lieferketten, Menschen, die in Wohnungen eingeschlossen sind und ihrer persönlichen Freiheit beraubt werden.

Viele von uns hatten gehofft in diesem Jahr wieder etwas Normalität zu bekommen, stattdessen ist der Druck auf unsere Volkswirtschaft weiter gestiegen.

Die Transformation wird durch externe Faktoren noch schneller an Fahrt aufnehmen und uns als Gewerkschafter in den Betrieben noch stärker fordern.

Es wird langsam höchste Zeit, dass auch der letzte Beschäftigte, die letzte Beschäftigte begreift: Gut, dass es Gewerkschaften gibt.

Denn wir waren es, die in den letzten Jahren das schlimmste verhindert haben. Und wir werden diejenigen sein, die jetzt dafür sorgen, dass die Menschen in diesem Land nicht unter die Räder kommen.

Wenn wir in der Pandemie schwächer werden, dann verlieren wir an Gestaltungskraft in der Transformation. Das wäre fatal und würde dazu führen, dass die Arbeitgeber die Transformation als Rationalisierung nutzen und gegen die Beschäftigten einsetzen.

Deshalb arbeitet weiter daran, die IG Metall stärker zu machen. In jedem Betrieb brauchen wir eine durchsetzungsstarke IG Metall. Egal ob Handwerk, Industrie oder Dienstleistung, ob Holz, Kunststoff, Textil oder Metall, und ob Klein- oder Großbetrieb. Wir müssen überall Mitgliederstark auftreten können. Unsere Kraft kommt ausschließlich aus den Betrieben. Diese Kraft gilt es zu stärken!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

spätestens der Krieg in der Ukraine macht uns erneut deutlich, wie abhängig wir sind von Energie- und Rohstofflieferungen.

Und der Krieg wird die Transformation unserer Industrie und Gesellschaft in Richtung regenerativer Energien nochmals deutlich beschleunigen.

Zumindest dann, wenn wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen durch eine weitere Erderwärmung nicht weiter gefährden wollen.

Die Energie- und Mobilitätswende ist kein Nice-to-have. Es ist eine verdammte Pflicht, wenn wir unseren Kindern einen lebenswerten Planeten hinterlassen wollen!

Und deshalb hat die IG Metall hier eine klare Position: Wir brauchen die Energie und Mobilitätswende, damit unsere Kinder einen lebenswerten Planeten vorfinden und wir uns nicht irgendwann vorwerfen lassen müssen:

Was habt ihr getan als ihr es wusstet. Habt ihr dabei auch an uns gedacht?

Wir dürfen nicht bequem sein und den Strukturwandel nur begleiten, wir müssen ihn anführen, von der Spitze weg. Das sind wir schon heute unseren Kindern schuldig!

Hinter dem großen Begriff „**Transformation**“ stecken viele Phänomene: Digitalisierung, Dekarbonisierung, Wärmewende, E-Mobilität, ganz neue sich herausbildende Globalisierungstendenzen.

Die Transformation der Wirtschaft und damit der Arbeitsgesellschaft führt zu grundlegenden Veränderungen. Veränderungen in Organisation, Technologie, Tätigkeitsinhalten und der Kultur der Unternehmen.

Und dieser Prozess vollzieht sich in sehr unterschiedlichen betrieblichen Szenarien mit sehr ungleichmäßigen zeitlichen und inhaltlichen Veränderungen, aber insgesamt mit hoher Intensität.

Und er trifft die Regionen, in denen wir leben, sehr unterschiedlich.

In jeder Phase solcher Umbrüche hat das Kapital versucht, das Terrain zu seinen Gunsten neu zu vermessen, die Zeit zu nutzen erkämpfte Rechte als nicht mehr in die Zeit passend zu diskreditieren, neu Entstehendes allein in seinem Interesse zu gestalten.

Dies zu verhindern, ist unsere Aufgabe!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die vor uns stehende Transformation löst oft Unruhe und Angst bei unseren Kolleginnen und Kollegen aus.

Daher brauchen wir stabile Strukturen in den Betrieben, ein gutes Miteinander von Betriebsräten, Vertrauensleuten und Hauptamtlichen.

Wir müssen nah dran sein an den Betrieben und Belegschaften.

Wir können Transformation in den Betrieben gestalten, dafür haben wir viele gute Beispiele.

Erst vor 4 Wochen (18.-20.5.) haben wir in Leipzig bei unserem Werkstattkongress zum „Projekt IG Metall vom Betrieb aus denken“, dass wir mit unseren über 1000 Veränderungspromotoren Zukunft in den Betrieben gestalten können.

Dass das aber immer nur dann geht, wenn wir stark sind, wenn wir mehr Aktive gewinnen, wenn wir uns unterhalten, wenn wir die Machtfrage im Betrieb zu unseren Gunsten verschieben, weil wir solidarisch und konfliktfähig sind, ist auch Teil der Wahrheit.

Nur dort wo wir den Ton laut angeben können wir gute Antworten auf die Fragen der Zukunft geben:

Wir können die Arbeitgeber zwingen, Antworten zu geben auf die drängendsten Zukunftsfragen!

Wir können Druck aufbauen, für neue Produkte und alternative Konzepte für unsere Standorte!

Und wir können den Druck aufbauen um Zukunftstarifverträge durchzusetzen und Beschäftigung zu sichern.

Ja, es geht darum die Macht im Betrieb zu drehen. Nicht überall wird es gelingen, den gleichen Erfolg zu erzielen. Aber wir müssen uns aufmachen, gegenseitig stärken, vernetzen.

Wir müssen gerade in diesen Zeiten die anstehenden Tarifrunden im Stahl, bei Metall und Elektro und all den anderen Branchen wie Textil und im Handwerk nutzen, noch mehr Aktive zu gewinnen, noch mehr Mitglieder von unseren tollen Solidargemeinschaft zu überzeugen.

Eines ist klar, liebe Kolleginnen und Kollegen

Die finanziellen Folgen von Krise, Krieg und Transformation dürfen nicht auf die Beschäftigten abgewälzt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, selbstbewusst, zuversichtlich und kämpferisch gehen wir die vor uns liegenden Themen an!

Mehr Mitglieder und mehr Aktive sind die Voraussetzung!

Gemeinsam können wir eine sichere, gerechte und selbstbestimmte Arbeitswelt schaffen!

Danke und Glück Auf!